

# Bedingungsloses Grundeinkommen: Projektion unerfüllbarer Hoffnungen

Düsseldorf, 26. Februar 2016

Professor Bert Rürup

Es klingt wie ein Besuch im Garten Eden: Der Staat zahlt jedem Bürger ein komfortables, bedingungsloses und steuerfreies Grundeinkommen. Die Gesellschaft wäre daher gerechter, und niemand wäre mehr gezwungen für seinen Unterhalt zu arbeiten. Arbeitslosigkeit wäre dann kein Stigma mehr, und niemand müsste mehr Existenzsorgen haben, weil seine Arbeit womöglich bald von Maschinen erledigt werden könnte. Mit den Sorgen der Menschen entfielen auch die Widerstände gegen einen Strukturwandel, der dann schneller von statten gehen könnte und einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschub auslösen würde. Denn dann könnten die durch eine zügige Digitalisierung möglichst vieler Geschäftsprozesse eröffneten Rationalisierungschancen schneller ausgeschöpft werden – das meinen zumindest die Befürworter.

Die aktuelle Allianz der Protagonisten für solch ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte nicht bunter sein. Sie reicht vom Informationstheoretiker Erik Brynjolfsson, dem Autor des Weltbestsellers „The Second Machine Age“, über Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE Katja Kipping, den Telekom-CEO Timotheus Höttges bis zu dem Wanderer zwischen Spekulation und Altruismus Georg Soros – vom Drogeriemarktkönig Götz Werner ganz zu schweigen, der bereits seit vielen Jahren mit seinem Solidarischen Bürgergeld „Deutschland zur Steueroase und zum Arbeitsparadies“ machen will.

Diese Idee ist keineswegs neu. Schon zahlreiche Philosophen und Utopisten des klassischen Altertums und der Neuzeit – wie Jambulos (Sonneninsel), Johannes Ludovicus Vives (De Subventione Pauperum), Thomas Morus (Utopia), Tommaso Campanella (Sonnenstaat) oder Francis Bacon (Neu-Atlantis) – warben dafür. Heute wird ein voraussetzungsloser Rechtsanspruch für jedes Mitglied einer staatlichen Gemeinschaft auf ein unbefristetes, aus allgemeinen Steuermitteln finanziertes und über dem sozialen Existenzminimum liegendes steuerfreies Einkommen wahlweise unter den Bezeichnungen „Basiseinkommen“, „Negative Einkommensteuer“, „Solidarisches Bürgergeld“ oder „Sozialdividende“ propagiert.

Und die Begründungen dafür sind gleichermaßen zahlreich wie widersprüchlich: Neben dem Schutz vor einer verfestigten Massenarbeitslosigkeit als Folge der vierten industriellen Revolution, der Digitalisierung, sind eine Verschlinkung und Effizienzsteigerung des Sozialstaates, die Umverteilung von Reich zu Arm und die Selbstverwirklichung der Menschen die gängigsten Argumente.

Richtig ist, dass in den USA 47 Prozent aller bestehenden Arbeitsplätze in den nächsten beiden Jahrzehnten durch eine Verknüpfung von Robotik und künstlicher Intelligenz wegfallen könnten. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung der britischen Ökonomen Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne aus dem Jahr 2013. Die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Prognose eintritt, beziffern die Ökonomen auf mehr als 70 Prozent.

Das Bundeswirtschaftsministerium beauftragte 2015 Holger Bonin, Terry Gregory und Ulrich Zierahn vom ZEW Mannheim, das Studiendesign von Frey und Osborn auf die Verhältnisse in Deutschland zu übertragen. Das - scheinbar erschreckende - Resultat: Im Zuge der Digitalisierung der gegenwärtigen Arbeitsprozesse sind 42 Prozent der

derzeitigen Arbeitsplätze bedroht. Isoliert betrachtet könnte es also in Deutschland und in anderen Industrieländern zu Massenarbeitslosigkeit in bislang nicht gekannter Höhe kommen.

Diese Befunde sind aber noch kein überzeugendes Argument, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu begründen. Denn bei den bisherigen industriellen Revolutionen – der Mechanisierung, der Massenfertigung und der Automatisierung – wurden die wegrationalisierten Arbeitsplätze stets durch einen Beschäftigungsaufbau in zuvor kaum oder gar nicht existierenden Geschäftsfeldern überkompensiert.

Wichtiger ist allerdings das Folgende: Der Glaube, mit einem merklich über dem Arbeitslosengeld liegenden garantierten Einkommen den Menschen die Ängste und Sorgen vor einer technologischen Massenarbeitslosigkeit nehmen zu können, basiert auf der Annahme, es sei möglich, für jeden Einwohner eines Landes einen halbwegs komfortablen Lebensstandard gewährleisten zu können, ohne dass es für irgendjemanden eine Verpflichtung gibt, zu arbeiten. Implizit wird unterstellt, dass eine Gesellschaft durch die Einführung eines Grundeinkommens ihren Charakter als renditeorientierte Erwerbsgesellschaft verliert. Nun mag die Digitalisierung die Bedeutung der Lohnkosten im internationalen Standortwettbewerb verringern, sie beseitigt aber nicht die zwischenstaatliche Konkurrenz um Investitionen und technisch-wirtschaftliches Know-how.

Der über alle Branchen gerechnete durchschnittliche Bruttolohn eines vollzeitig Beschäftigten in Deutschland lag in 2015 bei 39.800 Euro pro Jahr oder 3.317 Euro im Monat. Ein Grundeinkommen, wenn es den hohen Erwartungen Genüge tun soll, müsste daher in einer Größenordnung von monatlich 1500 Euro je Einwohner liegen. Die damit verbundenen Kosten - selbst wenn alle monetären Sozialleistungen gegengerechnet oder entfallen würden - würden im Staatshaushalt eine Deckungslücke von etwa einer Billion Euro aufreißen. Das entspricht rund einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Dieses Haushaltsloch könnte nur durch höhere Unternehmen-, Einkommen-, Vermögen- und Verbrauchsteuern geschlossen werden. Angesichts eines aktuellen Steueraufkommens von knapp 700 Milliarden Euro müssten alle Steuersätze mehr als verdoppelt werden. Wollte man die Lücke nur über die Umsatzsteuer schließen, wäre ein Steuersatz in der Größenordnung von 100 Prozent erforderlich.

All diese Überschlagsrechnungen implizieren zudem, dass die Steuerzahler dies klaglos hinnähmen und es keine Ausweichreaktionen gäbe. Vor diesem Hintergrund wäre es naiv zu glauben, dass in unserer globalisierten Welt die Nettofinanziers des Grundeinkommens, also die international mobilen Investoren, Unternehmer, Manager und andere hoch qualifizierte Besserverdienende nicht versuchen würden, den deutlich höheren Abgabenbelastungen auszuweichen. Und käme es zu einer massiven Flucht, von Sach-, Finanz- und auch Humankapital, würden Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit leiden und die unfreiwillige Arbeitslosigkeit steigen.

Zudem würde solch ein hoher und bedingungsloser Transfer viele nach Deutschland locken, die weniger zur Erwirtschaftung, sondern mehr zur Inanspruchnahme dieser jedem Einwohner zustehenden Sozialleistung beitragen wollen. Im Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit wäre eine gewaltige Migration gerade geringfügig qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland die Folge, und der deutsche Staat wäre verpflichtet, niedrige Löhne aufzustocken. Schließlich beträgt der Durchschnittslohn eines Vollzeitbeschäftigten in Bulgarien derzeit nur 608 Euro im Monat. Wie schwierig es wäre, zumindest Bürger aus anderen EU-Ländern davon auszuklammern, zeigen gerade die harten Verhandlungen Großbritanniens mit der EU.

Die große Errungenschaft der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU wird aber von keinem Mitgliedstaat infrage gestellt. Dieser Kernbestandteil des verbindlichen EU-Rechts eröffnet jedem Bürger eines EU-Staates die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedsland eine Beschäftigung zu den dortigen Bedingungen aufzunehmen.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland, das sich an den hiesigen Einkommensverhältnissen orientiert, wäre daher kaum mit einem Verbleib Deutschlands in der EU zu vereinbaren. Vergegenwärtigt man sich die gravierenden Probleme von der Schuldenkrise über die ultralockere Geldpolitik und die schwache Weltkonjunktur bis hin zu Flüchtlingskrise und Terrorgefahr, die der alte Kontinent gerade bewältigen muss, so würde ein Austritt Deutschlands aus der EU das Ende dieser Staatengemeinschaft bedeuten - ein extrem hoher Preis für ein utopisches sozialpolitisches Experiment mit höchst ungewissem Ausgang.

Es gibt kaum ein entwickeltes Land, in dem nicht Institute und Kommissionen die Möglichkeit einer Umsetzung der Grundeinkommensidee prüfen. Einige Länder haben bereits Feldversuche gemacht oder planen sie - wie Finnland für das nächste Jahr. In Brasilien wurde ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Bürger, der mindestens fünf Jahre in diesem Land lebt, im Jahr 2004 in der Verfassung verankert - freilich mit dem Zusatz einer schrittweisen Einführung, die allerdings bislang noch nicht begonnen hat.

Meine Prognose: Auch in Zukunft wird kein Staat ein Grundeinkommen für alle einführen, welches über dem Fürsorgeniveau liegt.

Deutschland braucht kein Grundeinkommen für jeden. Vielmehr muss es seine Sozialversicherungen weiterentwickeln. Angesichts sich wandelnder Erwerbsverhältnisse wäre eine – mit verlässlichen Steuerzuschüssen kofinanzierte – obligatorische Versicherung für alle Erwerbstätigen die richtige Antwort auf den notwendigen Strukturwandel und die Herausforderungen durch die Arbeitswelt 4.0.